

Die Preisfrage

Ansätze für eine öko-soziale Bändigung des Kapitalismus

STEPHAN SCHULMEISTER

Für die meisten Umweltschützer ist klar: Wirtschaftswachstum zerstört die Umwelt, es braucht eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft mit stagnierender oder sogar schrumpfender Produktion (De-Growth). Denn selbst wenn das »grüne« Wachstum ausschließlich auf ökologischen Investitionen beruht, etwa in erneuerbare Energie und transeuropäische Bahnnetze, so zögen die zusätzlichen Einkommen weitere Umweltschäden nach sich. Simpel gesagt: Die beim Bau von Wind- oder Wasserkraftwerken neu Beschäftigten würde auch Auto fahren und in den Urlaub fliegen. Diese »Rebound-Effekte« machen nach dieser Argumentation »green growth« unmöglich.

Für viele Ökonomen ist indes klar: Kapitalismus ist mit stagnierender oder gar schrumpfender Produktion unvereinbar. Sein Wesen besteht in der profitgetriebenen Akkumulation von Kapital, also seiner permanenten Ausweitung. Bei einem Nullwachstum bliebe aber der Kapitalbestand konstant und die reale Profitrate läge bei null.

Aus beiden Zusammenhängen folgt: Der Kapitalismus zerstört die Umwelt und damit sich selbst, er muss implodieren (»Post-Kapitalismus«). Allerdings: Politische Systeme brechen zwar mitunter rasch zusammen, doch der Kapitalismus ist viel mehr, er umfasst – in verschiedenen Erscheinungsformen – seit 500 Jahren die Welt. Er hat Werte und Verhaltensweisen verändert, besonders in seiner finanzkapitalistischen Variante, und wird ohne ein dominantes Gegenmodell und eine dafür kämpfende weltweite Bewegung nicht verschwinden. Doch beides gibt es nicht.

Außerdem: Versuche einer Überwindung des Kapitalismus nach einem »großem Plan« wie in Russland und China, angeführt von den »Meisterdenkern« Lenin und Mao, endeten in Katastrophen. Umgekehrt hat die reformistische Arbeiterbewegung durch das Anstreben der großen Ziele in kleinen Schritten wesentlich zur sozialen Bändigung des Kapitalismus beigetragen, insbesondere durch die Schaffung des Sozialstaats. Seit den 1970er Jahren verlor die Sozialdemokratie allerdings mit ihrer Neoliberalisierung die großen Ziele und damit auch Orientierung und Identität.

Vielleicht sollten wir die Widersprüche zwischen Kapitalismus, sozialem Zusammenhalt, Wirtschaftswachstum und Umwelt nicht theoretisch zu lösen versuchen, sondern praktisch durch Konzipierung und Umsetzung konkreter Schritte in Richtung auf neue »große Ziele«: eine öko-soziale Kreislaufwirtschaft, die auf demokratischer Basis ein gutes Leben der Vielen ermöglicht.

Der Weg zu einer solchen realen Utopie besteht in einer ökologischen, ökonomischen und sozialen Bändigung des Kapitalismus, zähmen lässt er sich nämlich nicht. Dazu braucht es Ausbau und Erneuerung des Sozialstaats, die Einbettung der Ökonomie in die natürliche Umwelt, Fokussierung des Profitstrebens auf die Realwirtschaft durch radikale Beschränkungen von »Finanz-Alchemie« sowie die Schaffung jener Infrastruktur, welche eine Kreislaufwirtschaft benötigt. Die Umsetzung eines solchen Programms zieht in einer Übergangsphase ein »green growth« nach sich, dessen Rebound-Effekte durch eine permanent überdurchschnittliche Verteuerung fossiler Energie vermieden werden.

Welche Form dann ein gebändigter Kapitalismus bei keinem oder nur minimalem

Wachstum annimmt oder ob er in einer Kreislaufwirtschaft langsam abstirbt, können wir künftigen Generationen überlassen.

Auf dem Weg zur sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit sind gewaltige Veränderungen und Investitionen nötig (siehe Randspalte). Ein Großprojekt könnte sofort in Angriff genommen werden. Es würde Realwirtschaft und Beschäftigung ungleich stärker stimulieren, als die bisher dominante Geldspritzenpolitik und zugleich die Umweltbedingungen verbessern: die energetische Erneuerung des Gebäudebestands.

Am Beispiel der Sanierung von circa 16 Millionen Einfamilienhäusern in Deutschland kann das makroökonomische Potenzial eines solchen Großprojekts skizziert werden, und zwar unter der Annahme, dass dieses Projekt in »New-Deal-Manier« innerhalb von zehn Jahren umgesetzt wird.

Die Regierung legt ein Sonderprogramm vor zur Umwandlung von Gebäuden in Stromproduzenten. Bei Durchschnittskosten von etwa 60.000 Euro pro Sanierung für Dämmung, Photovoltaik samt Stromspeicher und Wärmepumpe und 1,6 Millionen Sanierungen pro Jahr ergäbe sich ein Investitionsvolumen von 96 Milliarden Euro. Dadurch würde das BIP – unter Berücksichtigung der Multiplikator- und Importeffekte – um zumindest 120 Milliarden Euro oder 3,5 Prozent gesteigert, und zwar jährlich in den nächsten zehn Jahren. Angesichts der Krise leistet die Regierung einen Zuschuss von einem Drittel der Kosten. Der Rest kann mit Krediten zu Mini-Zinsen finanziert werden.

Um ein so gewaltiges Investitionsvolumen tatsächlich zu generieren, braucht es zusätzlich eine Kampagne: Deutschland geht voran bei der konsequenten Reduktion der CO₂-Emissionen und schafft dadurch zusätzliche Arbeitsplätze und damit auch Zuversicht.

Ein »grünes Wachstum« als Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft kann nur gelingen, wenn alle Akteure erwarten, dass die Kosten für CO₂-Emissionen nie wieder sinken, sondern stetig steigen. Denn der Profit von Investitionen in die Reduktion der Emissionen besteht in den dadurch vermiedenen Kosten fossiler Energie. Doch deren Preise, wie auch die Preise der CO₂-Emissionsrechte, schwanken enorm, nicht zuletzt, weil Derivate bezogen auf Erdöl und EU-Emissionsrechte als Vehikel kurzfristiger Spekulation bei »Finanz-Alchemisten« beliebt sind.

Daher können weder CO₂-Steuern noch der Emissionshandel die Erwartungen stetig steigender Emissionskosten verankern und damit das Profitmotiv in den Dienst ökologischer Investitionen stellen.

Ein konkretes Beispiel: Allein in den vergangenen 12 Jahren ist der Dieselpreis dreimal um etwa 30 Prozent gefallen, obwohl die Mineralölsteuer die CO₂-Emissionen implizit mit 180 Euro je Tonne besteuert – und damit viel stärker als die geplanten CO₂-Steuern. Dennoch sanken die Preise für Diesel, Benzin und Heizöl, weil der Ölpreis noch viel stärker eingebrochen war. Besonders stark sind die Treibstoffpreise in den vergangenen Monaten gefallen.

Dies macht nicht nur Investitionen in CO₂-Reduzierungen nachträglich unrentabel, sondern lässt den Kauf von SUVs etc. wieder attraktiv erscheinen. Selbst das Recycling von Kunststoff, wie PET-Flaschen, wird gebremst, weil es beim niedrigen Ölpreis billiger ist, sie neu zu produzieren.

Eine Stabilisierung der Preise fossiler Energie ist für die Bekämpfung der Erderwärmung von fundamentaler Bedeutung, weil die notwendigen Investitionen extrem lange

Amortisationszeiten aufweisen und daher maximale Planungssicherheit verlangen. Sie rechnen sich erst nach vielen Jahren, das gilt etwa für die energetische Gebäudesanierung, oder sogar erst nach Jahrzehnten, das gilt etwa für ein transeuropäisches Netz von Hochgeschwindigkeitszügen oder die Wasserstofftechnologie.

Die Unsicherheit über die Preise fossiler Energie macht die Bekämpfung der Erderwärmung zur Spekulation. Würden hingegen alle Akteure wissen: Fossile Energie wird jedes Jahr teurer, und sei es nur um fünf Prozent, dann können sie sich ausrechnen, wie viel sie sich in Zukunft aufgrund des Zinseszinsreffekts ersparen, wenn sie heute in die CO₂-Vermeidung investieren.

Ein solcher gesellschaftlich festgelegter Preisanstieg ist umso wichtiger, weil die Ölpreise langfristig niedrig bleiben dürften, insbesondere wegen schwindender Marktmacht der OPEC und neuen Anbietern, die etwa durch die Fracking-Technologie in den USA entstanden sind.

Wie könnte ein stetig steigender Pfad der Preise fossiler Energie erreicht werden? Statt den CO₂-Gehalt von Öl, Kohle und Erdgas zu besteuern, sollte die EU einen Preispfad für diese drei Energieträger festlegen (zunächst für etwa 20 Jahre) und die Differenz zwischen dem EU-Zielpreis und dem jeweiligen Weltmarktpreis durch eine monatlich angepasste Mengensteuer abschöpfen.

Eine solche Energiesteuer könnte der EU langfristig, je nach Startpreis, mehr als 500 Milliarden Euro pro Jahr einbringen. Diese Mittel könnten teils zur Finanzierung ökologischer Großprojekte verwendet werden, teils zur Unterstützung von durch die Verteuerung fossiler Energie übermäßig belasteten Haushalten.

Technisch wäre die Umsetzung einer solchen flexiblen Mengensteuer einfach: Ausgehend von der Differenz zwischen dem EU-Zielpreis und dem Weltmarktpreis wird die im Folgemonat gültige Steuer pro Mengeneinheit Öl, Kohle und Erdgas von der EU-Kommission festgelegt und in den Mitgliedstaaten von den Produzenten und Importeuren fossiler Energie bezahlt.

Die Kombination einer Stärkung des Sozialstaats und einer ökologischen Erneuerung des Realkapitalstocks mit einer stetigen Verteuerung fossiler Energie ermöglicht die Realisierung eines »green growth«: Die ökologischen Investitionen schaffen ein Wirtschaftswachstum, die Erneuerung des Sozialstaats stabilisiert es und der – nach Bedarf angepasste – Preispfad fossiler Energie begrenzt die Rebound-Effekte des Wachstums, also die zusätzlichen Treibhausgasemissionen als Folge des Einkommenswachstums.

Stephan Schulmeister ist Wirtschaftsforscher in Wien. Von 1972 bis 2012 war er Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo).

Zum Weiterlesen

The Road from Prosperity into the Crisis: The Long Cycle of Post-War Economic, Social and Political Development. In: De Souza Guilherme B., Ghymers C., Griffith-Jones S., Ribeiro Hoffmann A. (eds) Financial Crisis Management and Democracy. Chapter 2, Springer, Cham., 2021: freier Download:

<https://link.springer.com/book/10.1007%2F978-3-030-54895-7>

Zu weiteren Projektvorschlägen zur Bändigung des Kapitalismus: Stephan Schulmeister, Der Weg zur Prosperität, ecowin, Salzburg 2018.

MÖGLICHE SCHRITTE

Schon heute möglich ist es hingegen, konkrete Schritte in Richtung einer öko-sozialen Kreislaufwirtschaft zu gehen und den Kapitalismus so zu bändigen.

Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, muss der Sozialstaat modernisiert werden. Das bedeutet:

- » in der Bildung Gratiskindergärten und Förderung von Kindern aus bildungsfernen Schichten
- » in der Wohnungspolitik Vorrang für öffentliches Grundstückseigentum in Städten und sozialer Wohnbau
- » bei der Beschäftigung Reduktion atypischer, insbesondere prekärer Jobs und neue Formen von Arbeitszeitverkürzung
- » bei der Altersvorsorge Forcierung der sozialstaatlichen Renten
- » bei der Pflege müssen 24-Stunden-Pflegerinnen und pflegende Angehörige als »normal« sozialversicherte Angestellte beschäftigt werden, statt als – meist gesetzwidrige – Scheinselbstständige
- » Ausbau psycho-sozialer Einrichtungen zur Eindämmung der in den letzten Jahrzehnten epidemisch gestiegenen seelischen Erkrankungen.

Die Grundvoraussetzung ökologischer Nachhaltigkeit besteht in der Klimaneutralität. Die Netto-Emissionen von Treibhausgasen, insbesondere von CO₂, müssen also bei null liegen. Soll die EU dieses Ziel bis 2050 erreichen, bedarf es gewaltiger Investitionen:

- » Verwandlung nahezu aller Gebäude in kleine – Wärme und Strom erzeugende – Kraftwerke durch die Kombination besserer Wärmedämmung, Photovoltaik, Wärmepumpen und Stromspeicher
- » Schaffung eines transeuropäischen Netzes für Hochgeschwindigkeitszüge als Alternative zum Fliegen
- » Umstellung auf Elektroautos im Individualverkehr. Zu diesem Zweck sollte geprüft werden, ob die Einführung von Standardbatterien in der EU und ihr Austausch durch Roboter auf den bisherigen Tankstellen nicht kostengünstiger, bequemer und umweltschonender ist als der derzeitige Wildwuchs, insbesondere im Hinblick auf ihr Recycling
- » Übergang zu Wasserstofftechnologien in den energieintensivsten Industrien, also Stahl, Papier, Grundstoffchemie und Baustoffe sowie im Lkw-Verkehr
- » Investitionen in öffentliche Nahverkehrssysteme

Alle diese Projekte können nur umgesetzt werden, wenn die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, insbesondere durch Photovoltaik und Windkraftwerke, massiv ausgebaut wird.